

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 29.09.2025

**Dringlichkeitsantrag
zur Behandlung in der Vollversammlung am 1. Oktober 2025**

Künstler:innen schlagen Alarm: Mieten im Kreativlabor müssen stabil bleiben!

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH (MGH) darauf hinzuwirken, dass die ausgesprochenen Änderungskündigungen für die Ateliers und Werkstätten im Kreativlabor zurückgenommen werden.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsratsvorsitzende der MGH werden angewiesen, mit den betroffenen Kunstschaaffenden faire und bezahlbare Mietverträge zu vereinbaren. Dieses tragfähige Mietenkonzept wird schnellstmöglich dem Stadtrat vorgestellt.

Die Satzung der MGH ist dahingehend anzupassen, dass die Gesellschaft ausdrücklich auch zur Kulturförderung durch die Vergabe von Räumen zu tragfähigen Mietkonditionen befähigt wird.

Begründung:

Mit der Beschlussvorlage „Mehr Raum für Kunstschaaffende im Kreativlabor“ hat der Stadtrat das klare Ziel formuliert, die Arbeitsbedingungen für Künstler:innen in München zu verbessern. Wie der Vorstand des Leonrodhauses für Kunst und Film e.V. in einer Mail kritisiert, blieb die Frage der Mietkosten dabei jedoch offen. Diese Leerstelle hat die MGH genutzt, um innerhalb von 24 Stunden Änderungskündigungen mit drastischen Mietsprüngen auszusprechen.

Die neuen Mietverträge enthalten dabei für die Künstler:innen unhaltbare Konditionen: So soll die Miete zwischen 30 und 60 Prozent höher liegen und die Nebenkosten würden hier noch dazukommen. Hinzu kommt, dass nicht mehr die Nettogeschossfläche, sondern die Bruttogeschossfläche angesetzt wird. Es fließen also auch die Außenmauern in die Berechnung ein. Das bedeutet faktisch eine versteckte Mietsteigerung um weitere 15 bis 30 Prozent. Zusätzlich verlangt die MGH Nebenkosten in Höhe von fünf Euro pro Quadratmeter und stellt die Mehrwertsteuer von 19 Prozent in Rechnung, die die meisten Künstler:innen und Vereine nicht geltend machen können.

Es ist sehr ärgerlich, dass sich die Stadt eine Bewerbung für Olympische Spiele leisten möchte, zugleich aber ihre eigene Tochtergesellschaft die Freie Kunst- und Kultur-Szene durch deutlich teurere Mieten aus der Stadt verdrängt. Die Änderungskündigungen müssen daher zurückgenommen und eine nachhaltige Lösung gefunden werden.

Die Mieten sollten dauerhaft auf das Mietniveau Baumstraße und Domagkstraße beschränkt werden. Dadurch könnten die Künstler:innen vor Ort weiterarbeiten. Alternativ könnte auch über die Rückanmietung der drei Künstler:innenhäuser Haus 2, Städtisches Atelierhaus und Leonrodhaus eine erträgliche Mietanpassung erfolgen.

Initiative:

Sonja Haider, Kulturpolitische Sprecherin
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender